



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung
und Integration

am 23. Februar 2016

Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Michaela Apel (SPD)
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn (öffentlicher Teil): 17:10 Uhr	Ende: 18:45 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen Drucksachenlisten 01/16, 02/16, 05/16 und 10/16.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0001 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0002 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 08.12.2015 wird genehmigt.

Einstimmig

0003 **16-F-03-0029**

Freies W-LAN in Wiesbaden
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 17.02.2016 -

Es entsteht eine Diskussion darüber, ob bekannt ist, warum die Verhandlungen mit der Wall AG gescheitert sind.

Stv. Weck formuliert einen entsprechenden Änderungsantrag, der von der Antrag stellenden Fraktion übernommen wird.

Der Antrag wird in folgender Form abgestimmt:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) ob die Verhandlungen mit der WALL-AG tatsächlich endgültig gescheitert sind - wenn ja, warum - und ob es seitdem Gespräche mit anderen Anbietern zur Installation eines freien Netzes gegeben hat?
- 2) Wenn ja mit wem und mit welchem Ergebnis?
- 3) Wenn nein, warum nicht?

Einstimmig

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. Februar 2016**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0004 16-A-21-0001

Gültigkeit der Ausländerbeiratswahl 2015

Herr Yilmaz (Vorsitzender Ausländerbeirat) weist darauf hin, dass die Namen der zur Wahl stehenden Personen, die auf der Wiesbaden-Seite genannt sind, nicht mit den Personen übereinstimmt, die die Wahl angenommen haben. Die Geschäftsstelle 16 wird dies klären.

Herr Yilmaz hat Gelegenheit, seine Vorstellungen über die Aufgaben des Ausländerbeirats nach der Neuwahl darzustellen.

Er gibt auf Fragen von Stv. Gaedeke die Information, dass man im Moment dabei sei, die Aufgaben im Ausländerbeirat aufzuteilen. Es bestehen Kontakte zur Landeshauptstadt Wiesbaden, zum Bereich Sozialarbeit, aber auch zum Flüchtlingsrat und man überdenke den Umgang mit dem Thema Flüchtlinge.

Herr Yilmaz sieht sich als Vertreter aller Migranten. Dies habe lt. Vors. Apel der alte Ausländerbeirat nicht so rübergebracht, nicht alle Migranten hätten sich vertreten gefühlt.

Herr Yilmaz möchte offen und nachvollziehbar verhandeln, wichtige Beschlüsse müssten transparent gemacht werden. Als Beispiel wird das Sommerfest angeführt, bei dem die Organisation Graue Wölfe vertreten war. Diese Teilnahme wurde wohl in Sondergremien heimlich durchgebracht.

Er betont, dass er bei Fehlern offen für Kritik ist. Man müsse kritisch miteinander umgehen.

Stv. Schickel verweist darauf, dass im Vergleich mit anderen Städten die Lage in Wiesbaden in Bezug auf Rassismus geradezu idyllisch ist und fragt nach, ob man sich mit dem Thema im Ausländerbeirat beschäftige.

Herr Yilmaz verweist darauf, dass er ganz neu in seiner Funktion tätig sei und keine falschen Versprechungen machen möchte. Die Arbeit müsse im Kollektiv geschafft werden und da sei er gerade in der Vorbereitung. Er ist dankbar dafür, dass man in der Stadt mit den Parteien, den entsprechenden Fachämtern, Gewerkschaften usw. friedlich zusammenlebe.

Vors. Apel wünscht sich, dass Hinweise auf Rassismus, die dem Ausländerbeirat bekannt werden, an die entsprechenden Gremien weitergegeben werden. Denn oft scheidet es schlicht daran, dass z. B. dem Ausschuss die muttersprachliche Kompetenz fehle und man entsprechende Schriften nicht lesen könne. Sie sei für Hinweise dankbar.

Sie stellt auch klar, dass nicht der Ausländerbeirat polizeiliche Aufgaben wahrnehmen solle, sondern dass es lediglich um Hinweise gehe.

Herr Yilmaz stellt klar, dass zukünftig keine radikale Gruppierung im Ausländerbeirat Platz finden werde.

Einstimmig

0005 16-V-07-0001

Fortführung des suchtpräventiven Angebotes im Kulturpark

Zu diesem Punkt sind Stadtrat Dr. Franz und Herr Erkel anwesend.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. Februar 2016

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Co-Finanzierung durch das Land ist beendet. Man habe dann überlegt, ob man das Projekt fortführen kann.

Neben der Fortführung des suchtpreventiven Angebotes im Kulturpark wird auf das Projekt HaIT hingewiesen, dass sich auf die Gesamtfläche der Stadt bezieht und auf den Alkoholkonsum von Minderjährigen Einfluss nehmen will.

Mit 30.000 € werden jetzt beide Projekte bedient (HaIT ist mit einbezogen). Es gibt keine Leistungseinschränkungen, sondern man habe sogar Geld gespart.

Stv. Weck bedankt sich für die Stellungnahmen und für die Fortführung von HaIT. Er weist darauf hin, dass der Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen in Wiesbaden seit 2012 rückläufig ist und führt dies auf das Projekt zurück.

Einstimmig

0006 16-V-07-0004

Evaluation - Zusätzliche Ordnungskräfte im Rahmen eines Sicherheits- und Sauberkeitsprojektes

Stadtrat Dr. Franz berichtet über die Veränderungen im Ordnungsamt. Die ehemaligen Hilfspolizeibeamten sind jetzt nicht nur Mitarbeiter der Stadtpolizei, sondern die Aufgaben sind völlig anders strukturiert (früher Großteil im Bereich ruhender Verkehr). Heute haben die Mitarbeiter 24 Std.-Dienst und arbeiten 7 Tage die Woche. Dazu ist einfach ein bestimmter Personalbestand notwendig, denn man arbeitet im 2-Schichtbetrieb. Es werden zudem 10 Diensthunde eingesetzt.

Stv. Schickel fragt nach der Qualifizierung der eingesetzten Mitarbeiter und geht davon aus, dass es Seiteneinsteiger sind.

Herr Erkel erklärt, dass alle Mitarbeiter bei der Stadtpolizei Seiteneinsteiger sind. Man fordere allerdings eine abgeschlossene Ausbildung, den Führerschein der Klasse 3 und ein Mindestalter von 21 Jahren. Alle Neueingestellten werden 6 Wochen lang beim Verwaltungsschulverband geschult. Außerdem erhalten sie das gleiche Einsatztraining wie die Landespolizei. Alle Stadtpolizisten müssen jährlich 8 Module durchlaufen und auch alle Hilfsmittel beherrschen. Im Moment sei man dabei, ein neues Berufsbild zu kreieren. Ziel ist es, nicht nur einen 6-Wochen-Lehrgang vorzuschreiben, sondern die Ausbildung soll den Stand der Verwaltungsprüfung I erreichen. So wäre auch gesichert, dass Mitarbeiter der Stadtpolizei, die z. B. aus gesundheitlichen Gründen dort keinen Dienst mehr leisten können, in die allgemeine Verwaltung eingegliedert werden können.

Enth. Grüne + Stv. Zerbe (für UFW)

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. Februar 2016

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0007 15-F-45-0001

Gemeinsame Verantwortung für Flüchtlinge
- gem. Antrag von CDU, SPD, UFW, FDP und BLW vom 1.10.2015 -

Der Bericht zu dem Antrag liegt schriftlich vor, wird zur Kenntnis genommen und geht dann an die Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Beschlussfassung.

Einstimmig

0008 15-F-44-0002

Unterstützung Freifunk Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, Linke&Piraten und FDP vom
07.07.2015 -

Stv. Seipel-Rotter fragt nach, warum es an Schulen keine Installationen für die Freifunk-Ausstattung geben soll.

Stv. Zerbe geht davon aus, dass das Schulamt Angst hat, dass die Schüler/Schülerinnen WiFi haben. Dabei handelt es sich aber um ein Missverständnis. Es gehe um die Überbrückung von Richtfunkpunkten. Die schriftliche Antwort sei in Ordnung, aber der Sinn von Freifunk sei noch nicht verstanden worden. Wenn die Stadt Freifunk unterstützt, brauche man die WALL-AG nicht mehr.

Einstimmig

0009 15-F-33-0076

Finanzierung von Sprachkursen durch die Arbeitsagentur
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 04.11.2015 -

Einstimmig

0010 14-V-12-0001

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

Herr Simon berichtet, dass
sich zeitlich alles etwas verzögert habe,
der Auswertungsbericht zur online-Befragung ins Netz gestellt wurde, auch alle Einzelinfos seien dort
bis September 2016 zu finden,
seit Dezember die Dokumentation der Abschlussveranstaltung eingestellt sei,

**Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. Februar 2016**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

der Schlussbericht diesen letzten Sitzungszug hätte erreichen sollen, durch noch zu klärende Nachfragen jetzt erst die Feinabstimmung erfolge, das Antwortschreiben an die FDP-Anfrage unterwegs sei (Anwendung des Leitfadens auf städt. Gesellschaften und Eigenbetriebe), die Beschlussfassung zu den Leitlinien noch offen ist und diese vor der Kommunalwahl und den entsprechenden Koalitionsverhandlungen sicher nicht zum Abschluss kommt und durch eine OB-Verfügung vom 29.01.2016 eine neue Stabsstelle bei 12 eingerichtet wurde, diese aber dem OB direkt unterstellt ist und im Moment eingerichtet wird. Als Pilotprojekt ist die Planung der neuen Eisbahn angedacht.

Stv. Schickel bedauert sehr, dass es die Politik nicht geschafft hat, Nägel mit Köpfen zu machen. Es bleibe abzuwarten, wie es nach der Kommunalwahl weitergehe.

Stv. Seipel-Rotter schließt sich diesem Statement an. Er geht davon aus, dass es zur Frage der Finanzierung heute auch keine Antwort gibt.

Lt. Herrn Simon war der benötigte Betrag in der Sitzungsvorlage genannt. Man brauche mindestens 2 Vollzeitstellen.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass man aktuell einen beschlossenen Haushalt habe und diese Zeit überbrücken muss.

Vors. Apel teilt mit, dass einige Ämter Mittel für Bürgerbeteiligung eingeplant haben, dies sicher aber nicht durchgängig der Fall sei. Für 2016/17 müsste eine Finanzierung aus dem Bestand gesucht werden.

Einstimmig

0011 16-V-33-0001

Fördermittelvergabe durch den Ausländerbeirat 2016

Enth. Stv. Gaedeke

0012 16-V-33-0003

Integrationskonzept 2016 - 2020

Frau Rudolph stellt das Integrationskonzept kurz vor. Es sei Ergebnis eines Prozesses. Bei der Integrationskonferenz seien 140 Akteure beteiligt gewesen, es habe zu verschiedenen Handlungsfeldern Workshops gegeben. Dies alles sei in das Konzept eingeflossen. Das 1. Integrationskonzept sei 2004 aufgelegt worden. Der Aufbau sei gleich geblieben. Jetzt liege die 2. Fortschreibung vor. Im Moment würde der Begriff kritisch beleuchtet - ist „Integrationskonzept“ noch zeitgemäß. Der normative Teil sei Richtschnur auch für die Vergabe von Fördermitteln.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. Februar 2016

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Flüchtlingsproblematik habe an Dynamik sehr stark zugenommen. Man habe die Flüchtlinge immer bedacht, aber bei dem hohen Aufkommen müsste man doch evtl. anders vorgehen.

Stv. Schickel bedankt sich für das neue Integrationskonzept. Er spricht das sozialverträgliche Miteinander in Wiesbaden an und hält das vorliegende Konzept für tragfähig für die kommenden 5 Jahre. Auch er kann sich sprachliche Nachbesserungen vorstellen.

Stv. Dr. Wittkowski und Stv. Gaedeke schließen sich dem Dank an.

Auf Nachfrage von Vors. Apel teilt Frau Rudolph mit, dass der Ausländerbeirat in alles mit einbezogen war, er gehöre mit zur Steuerungsgruppe. Flüchtlinge mit Bleiberechtsperspektive werden auch mit berücksichtigt, aber nicht alle Flüchtlinge.

Hinweise zur Bleiberechtsperspektive kämen vom Land und bezögen sich in der Regel auf das Land, aus dem die Flüchtlinge geflohen seien (Syrienflüchtlinge dürften anerkannt werden usw.).

Auf weitere Frage von Vors. Apel haben lt. Frau Rudolph Flüchtlinge nach der Dublin-2-Verordnung auch eine Bleiberechtsperspektive.

Stv. Gaedeke fragt nach, ob es von Seiten der Stadt ein Overhead zu Patenschaftsprojekten in Schulen gäbe.

Dies verneint Frau Rudolph, weil die Schulhoheit vom Land liege, die Landeshauptstadt Wiesbaden habe darauf keinen Einfluss.

Einstimmig

0013 16-V-34-0001

Verlagerung des Verwaltungsstandortes der Fahrerlaubnis- und Zulassungsbehörde

Einstimmig

0014 15-V-34-0002

Auswirkungen des neuen Bundesmeldegesetzes auf das Bürgeramt

Einstimmig

0015 15-V-80-8018

AiDe - Ankommen in Deutschland

Enth. Stv. Zerbe (für die UFW)

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. Februar 2016

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0016 **16-V-20-0002**

Investitionscontrolling 4. Quartal 2015

Einstimmig

0017 **15-V-30-0015**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK I
(Mainz-Kastel/Amöneburg)

Einstimmig

0018 **15-V-30-0016**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden
XI (Wiesbaden-Nordenstadt/Delkenheim)

Einstimmig

0019 Bericht der Dezernentin

Frau Stadträtin Scholz teilt Folgendes mit:

- Am 01.03.2016 findet der nächste Neubürgerempfang statt. Einladungen dazu sind dem Ausschuss zugegangen.

Für den 22.03.2016 hat sie die Wiesbadener Kulturszene eingeladen. Ziel der Veranstaltung ist es, kulturelle Arbeit und Integration zu verbinden und gemeinsame Projekte zu entwickeln.

Einstimmig

0020 Verschiedenes

Zu diesem Punkt wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 23. Februar 2016

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Anlagen

Wiesbaden, .03.2016

Vorsitzende

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Apel

Weck

Koba